



POSITIONSPAPIER

QUERDENKER*INNEN ENTSCHLOSSEN ENTGEGENTRETEN

Grüner 10-Punkte-Plan gegen Corona-
Leugner*innen, Verschwörungsideologien
und Rechtsextremismus



QUERDENKER*INNEN ENTSCLOSSEN ENTGEGENTRETEN: GRÜNER 10-PUNKTE-PLAN GEGEN CORONA-LEUGNER*INNEN, VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN UND RECHTSEXTREMISMUS

Alle Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie stehen auf dem festen Boden demokratischer Legitimation. Sie gelten für alle Menschen, die hier bei uns in Bayern leben. Die Auseinandersetzung über den angemessenen Weg der Pandemiebekämpfung ist wichtig und Teil unserer freiheitlichen Demokratie. Wir alle ringen seit Beginn der Pandemie in den Parlamenten, in den Kommunen und in der Regierung um die besten Lösungen und stellen uns jeder Debatte. Die Abwägung verschiedener Grundrechte, der Austausch unterschiedlicher Meinungen und widerstreitender Interessen gehören zu einer lebendigen Demokratie. Diese lebendige Demokratie funktioniert – das hat die Pandemie bislang bewiesen! Darüber können die Proteste einer kleinen, demokratieabgewandten Gruppe nicht hinwegtäuschen.

Die sogenannte „Querdenker“-Szene hat sich seit dem Frühjahr 2020 in einer erschreckenden Geschwindigkeit radikalisiert: Der versuchte Sturm auf den Berliner Reichstag und die Ermordung eines Mitarbeiters an einer Tankstelle in Idar-Oberstein zeigen, wie angespannt die Gefahrenlage ist. Wir sehen, wie militante Impfgegner*innen und Corona-Leugner*innen systematisch das Versammlungsrecht in Bayern unterlaufen, bei ihren als „Spaziergänge“ getarnten Aufmärschen die Behörden an der Nase herumführen, Falschinformationen verbreiten und Polizei und Presse gewaltsam angreifen.

Deutschlandweit nehmen die gewalttätigen Angriffe zu, ein Mob stand mit brennenden Fackeln vor dem Privathaus der sächsischen Gesundheitsministerin. An den Versammlungen nehmen auch Rechtsextremist*innen und Neonazis teil; Holocaustrelativierungen und antisemitische Propaganda gehören zum festen Bestandteil der dort getätigten Äußerungen, Messer werden mitgeführt. In Telegram-Chatgruppen wird offen zum Mord an Personen aus Politik, Wissenschaft und Medien aufgerufen. Die Generalstaatsanwaltschaft München ermittelt gegen einen Bundeswehrsoldaten, der zum Putsch gegen die Regierung aufgerufen hat. In Schweinfurt wurde versucht ein Auto anzuzünden, Kinder werden als Schutzschilder eingesetzt. Das ist nicht tolerierbar. Mit ihrem Widerstand gegen eine vermeintliche „Corona-Diktatur“ legitimieren die Gewalttäter*innen brutale Straftaten.

Bayern ist (Stand 27.9.2021) trauriger Spitzenreiter: 922 Straftaten im Zusammenhang mit Corona gab es 2021 – das sind im Schnitt über 100 Delikte im Monat. Unter den genannten Straftaten waren 51 Gewalttaten. Seit dem Start der Corona-Schutzimpfung (1.12.2020) gab es in Bayern bis Mitte September 2021 56 Straftaten im Zusammenhang mit Impfzentren.

Als Grüne Landtagsfraktion warnen wir seit dem Entstehen dieser Protestbewegung vor ihrer rasanten Radikalisierung. Seit Mai 2020 haben wir mehrfach im Landtag beantragt, dass die Staatsregierung den demokratiefeindlichen Bestrebungen dieser Szene entschieden entgegenzutreten muss. Von Anfang an hat die Bewegung die Abgrenzung von Rechtsextremismus, Reichsbürgertum, Antisemitismus und Verschwörungsideologien verweigert.

Die Proteste der Querdenkerbewegung geben nur vor, sich gegen das Tragen von Masken, die Impfung oder Kontaktbeschränkungen zu richten. Radikale Demagog*innen der Bewegung propagieren ein geschlossenes

Weltbild, das auf Verschwörungsmmythen, Desinformationskampagnen, Aberglauben und Hass gegen Andersdenkende aufbaut. In der Corona-Krise sehen sie die Chance zu einer Radikalisierung von relevanten Teilen der Bevölkerung und zu einer Destabilisierung des politischen Systems bis hin zu Bürgerkriegsszenarien. Sie wollen gezielt unsere repräsentative Demokratie angreifen. Dem stellen wir unser Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat und zur freiheitlichen Grundordnung entgegen.

Von einer viel zitierten Spaltung ist unsere Gesellschaft weit entfernt. Die Querdenker*innen sind eine ernstzunehmende Gefahr, der wir mit aller Konsequenz des Rechtsstaats begegnen müssen; dennoch sind sie im demokratischen Diskurs nur eine sehr kleine und laute Minderheit.

Der allergrößte Teil der Menschen in diesem Land trägt die Maßnahmen zur Eindämmung und Überwindung der Pandemie mit – und das aus Solidarität und Verantwortungsbewusstsein. Für diese Menschen bedeutet Freiheit auch Verantwortung, vor allem gegenüber den Schwächeren in dieser Gesellschaft, vor allem gegenüber den vulnerablen Gruppen z.B. in den Pflegeheimen oder mit den Menschen, die sich selbst nicht schützen können. Und aus Respekt und Anerkennung vor den großartigen Leistungen unseres medizinischen Personals und den Menschen in den Pflegeberufen. Diese Menschen halten unsere Gesellschaft zusammen – und gemeinsam und geschlossen werden wir die Pandemie überwinden. Es gibt auch viele Bürger*innen, die für Solidarität, Wissenschaftlichkeit und Vernunft auf die Straße gehen. Die teilweise Ungleichbehandlung von Gegendemonstrationen und Querdenker-Aufmärschen müssen der Vergangenheit angehören.

Wir Grüne wissen: Der Hass, den die Querdenker*innen auf die Straße tragen, ist mit polizeilichen Mitteln allein nicht zu lösen. Prävention und Repression müssen Hand in Hand gehen. Mit der Appeasement-Politik gegenüber den Querdenker*innen muss jetzt Schluss sein!

Grüner 10-Punkte Plan:

1. **Bayernweite Bewertung der Lage bei gewaltbereiten Protesten** („Spaziergängen“) von Corona-Leugner*innen. Kommunen bei Auflagenbescheiden nicht allein lassen, enge Vernetzung der kommunalen Ordnungsbehörden und der Polizei unter der Federführung des Innenministeriums.
2. **Lageangepasste Einsatzstrategie der Polizei:** Auflagen zum Infektionsschutz müssen von der Polizei kontrolliert und durchgesetzt sowie Verstöße sofort geahndet werden, inklusive der Bereitstellung von genug Polizeibeamt*innen sowie eines bestmöglichen Schutzes der Polizeibeamt*innen vor einer Corona-Infektion.
3. **Pressefreiheit durchsetzen:** Polizei muss Angriffe auf Journalist*innen verhindern und dafür sorgen, dass Medienvertreter*innen ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können. Das Recht auf ungehinderte und freie Berichterstattung muss gewährleistet werden.
4. **Ausweitung der Beobachtung** und Analyse von demokratiefeindlichen und extremistischen Teilen der **Querdenkerbewegung** und Corona-Leugner-Szene durch die staatlichen Sicherheitsbehörden: Die Beobachtung darf sich nicht nur gegen einige wenige prominente Protagonist*innen der Bewegung richten, sondern muss alle demokratiefeindlichen, antisemitischen und verschwörungs-ideologischen Strömungen und Gruppierungen der Protestszene umfassen.

5. **Gut ausgestattete Sicherheitsbehörden:** Die Kompetenzen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden werden insbesondere im Bereich der operativen Aufklärung und Ermittlung im Internet weiter gestärkt.
6. **Fort- und Weiterbildungsangebote** für Mitarbeiter*innen von Sicherheitsbehörden über Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien.
7. **Update fürs Netzwerk-Durchsetzungsgesetz:** Plattformbetreiber*innen, soziale Netzwerke und Messengerdienste stehen in der Verantwortung gegen gewaltverherrlichende, menschenverachtende und demokratiefeindliche Verlautbarungen vorzugehen, entsprechende Inhalte zu löschen und einschlägige Kanäle oder Accounts zu sperren. Ausweitung des Netzwerk-Durchsetzungsgesetz auch auf Messengerdienste wie Telegram. Hass und Hetze muss auch im Netz entschieden begegnet werden.
8. **Demokratieförderprogramm:** Der Freistaat fördert zivilgesellschaftliche Projekte zur Prävention, Aufklärung und Beratung über demokratiefeindliche, antisemitische, rassistische und misogynen Verschwörungsmuthe und sichert diese langfristig finanziell ab.
9. **Neue Radikalisierungsprozesse erkennen:** Zur wissenschaftlichen Erforschung neuer Radikalisierungsprozesse bei Querdenker*innen und Corona-Leugner*innen sowie zur Dynamik von entsprechenden Verschwörungsideologien werden empirische Studien angeregt und gefördert.
10. Der Gefahr einer Radikalisierung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen durch eine **verstärkte Aufklärung über Ursachen und Folgen der Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus** entgegenwirken sowie eine transparente und faktenbasierte Kommunikation über die Entscheidungsgrundlagen für die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie

Weiterführende Informationen

[Lagebild Rechtsextremismus Bayern 2020 – Landtagsfraktion Bündnis90/Die Grünen](#)

Anträge und Anfragen:

[Antrag 18/7941 „Infektionsschutz bei Versammlungen sicherstellen – Verschwörungstheorien entgegentreten!“](#)

[Antrag Drs.18/10408 „Verschwörungsmuthe dekonstruieren und entgegentreten – Maßnahmenprogramm auf Landesebene“](#)

[Antrag Drs.18/15394 „Demokratiefeindliche Bestrebungen in der Protestbewegung gegen die Coronamaßnahmen beobachten und polizeiliche Einsatzkonzepte für den Umgang mit Protestveranstaltungen entwickeln“](#)

[Antrag Drs.18/18383 „Radikalisierung der Querdenkerbewegung entgegentreten – Gefährdungspotenziale frühzeitig erkennen“](#)

[Anfrage Drs.18/14701 „Demokratiefeindliche Tendenzen in der Protestbewegung gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie“](#)

[Anfrage Drs.18/11643 „Angriffe auf Journalist*innen während Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen“](#)



Stand: Januar 2022



KONTAKT

Katharina Schulze, MdL
Fraktionsvorsitzende, Innenpolitische Sprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2773

team@katharina-schulze.de
www.gruene-fraktion-bayern.de
